

Erklärung der Teilnehmerinnen des bundesweiten Vernetzungstreffens der evangelischen Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel

Wir, 20 Mitarbeiterinnen von evangelischen Fachberatungsstellen für Betroffene des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung aus ganz Deutschland haben uns vom 4. bis 5. Juni 2018 zu unserem Vernetzungstreffen „Flucht – Asyl – Menschenhandel“ in Soest getroffen.

Wir stellen fest:

- Menschenhandel in die Prostitution ist sexuelle Gewalt und ein Straftatbestand im Sinne des Strafgesetzbuches. Von diesem Verbrechen sind insbesondere Frauen betroffen.
- Migrantinnen, die aufgrund von eklatanter Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern nach Deutschland kommen, sind in allen Phasen des Migrationsprozesses gefährdet, als Opfer des Menschenhandels zur Prostitution gezwungen zu werden.
- Die Anzahl von westafrikanischen Frauen ist in den Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel in Deutschland drastisch gestiegen.
- Der Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft, zur Zwangsbettelei, zu erzwungenen kriminellen Handlungen, zur Adoption und zum Organhandel wird zunehmend als Problem wahrgenommen.
- Besonders verwerflich ist die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen.
- Es gibt gute Präventionsprojekte in vielen Herkunftsländern, die aufgrund fehlender Finanzmittel nicht flächendeckend arbeiten können. Zudem werden gerade ländliche Regionen außerhalb der Ballungsräume nur selten erreicht.
- Wir setzen uns ein für notwendige rechtliche Verbesserungen für Opfer von Menschenhandel bezogen auf Schutz- und Aufenthaltsregelungen in Deutschland.

Wir fordern bundesweit:

- die finanzielle und personelle Absicherung der Arbeit der spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel, insbesondere die Finanzierung eines Personalschlüssels, der den gestiegenen Klientinnenzahlen angepasst ist;
- eine einheitliche Anwendung bestehender Gesetze und Richtlinien insbesondere zur Bedenk- und Stabilisierungsfrist für Opfer von Menschenhandel sowohl für EU-Bürgerinnen als auch für die geflüchteten Frauen;
- angemessene Ressourcen für polizeiliche Ermittlungs- und Vernetzungsarbeit;
- die internationale Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Strafverfolgungsbehörden zur konsequenten Strafverfolgung von Täterinnen und Tätern in Deutschland und den Herkunftsländern;
- eine ausreichende Anzahl von Sonderbeauftragten für Opfer von Menschenhandel bei allen Außenstellen des BAMF;
- die bundesweite Einführung der Befragung und Entscheidung durch Sonderbeauftragte für Opfer von Menschenhandel bei Hinweisen auf Betroffenheit von Menschenhandel;
- einen gesicherten Aufenthalt für von Menschenhandel Betroffene in Deutschland unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft;
- die konsequente Anwendung der rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz und zur Opferentschädigung bei allen Formen des Menschenhandels;
- die Einhaltung bundeseinheitlicher Standards zum Schutz von vulnerablen Flüchtlingsgruppen, insbesondere von Frauen und Kindern in den EAE, ZUE und kommunalen Unterkünften für Flüchtlinge;
- die verpflichtende Schulung des Personals von Flüchtlingseinrichtungen zur Identifizierung von Opfern von Menschenhandel;
- den Aus- und Aufbau von sicheren Schutzräumen für Betroffene des Menschenhandels außerhalb der Flüchtlingsgruppe;
- eine langfristige gesicherte Förderung der Projekte mit Projektmitteln „Empowerment von Flüchtlingsfrauen“ und anderer Förderprogramme;
- die Bundesregierung auf, sich international für eine Politik einzusetzen, die den Schutz der Opfer stärkt.

Wir fordern von den Ländern der Europäischen Gemeinschaft:

- die Förderung der grenzübergreifenden Netzwerkarbeit. Diese ist für die Beratungsstellen für Betroffene des Menschenhandels außerordentlich wichtig. Wissenstransfer, Dialog und Voneinander lernen müssen einem isolierten Arbeiten entgegenwirken;
- Menschenhandel auf dem Migrationsweg in Afrika und Europa effektiv zu bekämpfen

Wir fordern von unseren Kirchen:

- sich intensiver mit der Thematik auseinanderzusetzen sowie Fachberatungsstellen zur Prävention von Menschenhandel und für Opfer von Menschenhandel einzurichten.